

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

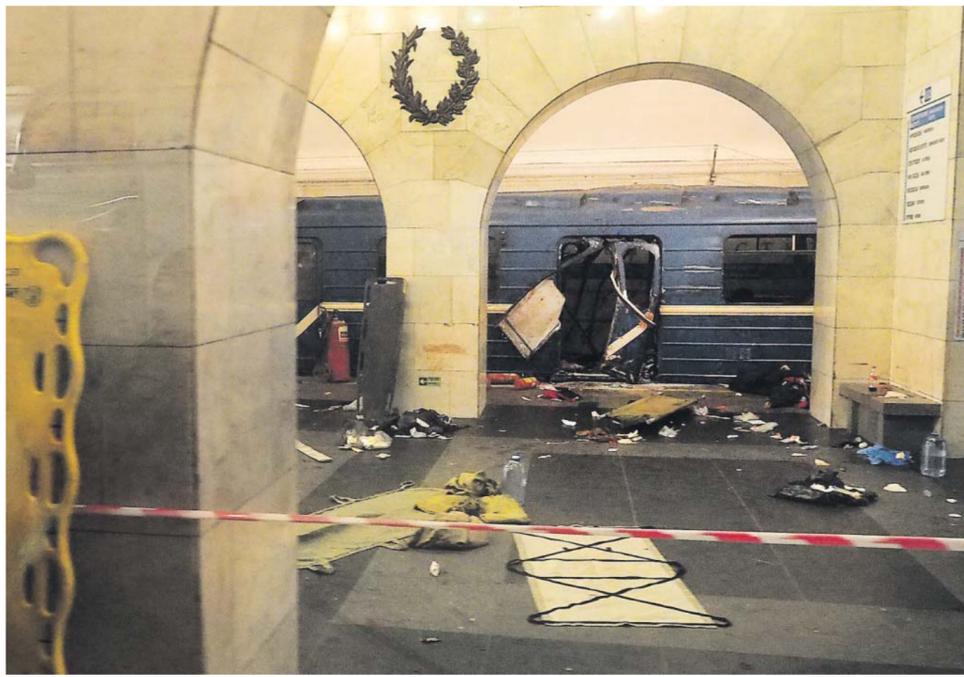
Dienstag, 4. April 2017 - Nr. 80/14 D 2

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, JÜRGEN KAUBE, BERTHOLD KOHLER, HOLGER STELTZNER

2,70 € D 2954 A F.A.Z. im Internet: faz.net

Trump: Können Nordkorea-Krise auch allein lösen

amr. WASHINGTON, 3. April. Kurz vor seinem Treffen mit Staatspräsident Xi Jinping hat Donald Trump China gedroht, Amerika werde das Problem mit dem nuklear bewaffneten Nordkorea notfalls allein lösen. „Wenn China das Problem mit Nordkorea nicht löst, dann tun wir das“, sagte der Präsident der Zeitung „Financial Times“. Er appellierte aber an Peking, Pjöngjang zur Umkehr zu bewegen. Als Anreiz für China diene der Handel, sagte Trump ohne Erläuterung. Das Weiße Haus hält es für möglich, dass Nordkorea die Vereinigten Staaten bis 2020 mit einer Atomrakete treffen könnte. In dem Interview lobte Trump auch Bundeskanzlerin Angela Merkel, die er im März in Washington getroffen hatte: „Ich mag sie wirklich. Und sie hat mir dasselbe gesagt.“ Trump lobte abermals den Beschluss der Briten, die EU zu verlassen, dämpfte aber seine Kritik an der Union. „Ich hätte gedacht, dass mehr (Länder Großbritannien) folgen würden, aber ich glaube wirklich, dass die Europäische Union sich jetzt zusammenrauft.“ Seit dem Brexit-Votum herrsche ein „neuer Geist“ des Zusammenhalts in der EU, sagte Trump. Das könne für Briten und die anderen Europäer „eine sehr gute Sache sein“. Trump wich der Frage aus, ob er sich von einem Sieg der französischen Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen bestärkt sehe. (Siehe Seite 2; Kommentar Seite 8.)



Nach der Explosion: Die U-Bahn in der Station „Technologisches Institut“

Foto AFP

Tote und Verletzte bei Anschlag auf St. Petersburger U-Bahn

Sprengsatz explodiert / Putin: Werden alles für die Aufklärung tun / Gabriel: Tief bestürzt

frs. MOSKAU, 3. April. Bei einem mutmaßlichen Terroranschlag auf die U-Bahn in der nordwestrussischen Metropole St. Petersburg sind am Montag mindestens zehn Personen getötet worden. Nach offiziellen Angaben wurden 47 weitere Personen verletzt, rund 20 wurden in Krankenhäusern behandelt. Das russische Fernsehen zeigte Bilder von Verletzten, die auf einem Bahnsteig lagen. Sanitäter und Mitreisende leisteten Erste Hilfe. In St. Petersburg wurde eine dreitägige Trauer ausgerufen.

Präsident Wladimir Putin, der am Montag zu Besuch in St. Petersburg war, sagte kurz nach der Explosion, man werde alles tun, um das Geschehen aufzuklären. Wie stets würden „alle Varianten“ in Betracht gezogen: „Alltägliche, kriminelle und vor allem Erscheinungen terroristischen Charakters – wir werden sehen. Die Ermittlungen in der nächsten Zeit werden alle Antworten auf das geben, was in dieser Tragödie passiert ist.“ Ein Ermittlungsverfahren wegen eines Terroranschlags wurde aufgenommen, doch zugleich

mitgeteilt, man ermittle in alle Richtungen.

Medien veröffentlichten Bilder eines Mannes mit schwarzer Kappe, dunklem Bart und in einem schwarzen Gewand, der als Tatverdächtiger gelte. Die Bilder wurden offenbar von der Videoüberwachung der U-Bahn aufgezeichnet. Angeblich wurde ein zweiter Sprengsatz an einer weiteren St. Petersburger U-Bahn-Station rechtzeitig entschärft. Die U-Bahn stellte ihren Betrieb ein. Der Petersburger Gouverneur Georgij Poltawtschenko teilte mit, er appelliere „an die Bürger von St. Petersburg und die Gäste der Stadt, im Lichte der Ereignisse wachsam und vorsichtig zu sein und sich verantwortlich zu verhalten“. In der Moskauer U-Bahn, wo vor gut sieben Jahren Selbstmordattentäterinnen Dutzende Menschen in den Tod gerissen hatten, wurden die Sicherheitsvorkehrungen verschärft. Seinerzeit hatten sich Islamisten aus dem Nordkaukasus zu den Anschlägen bekannt, wie auch zu weiteren Anschlägen in Russland. Das französische Innenministerium kündigte

an, auch in Paris die Sicherheitsvorkehrungen für den öffentlichen Nahverkehr zu verstärken.

Der Auswärtige Dienst der Europäischen Union sprach den Hinterbliebenen der Explosion sein Beileid aus. Die EU verurteile alle Gewalttaten auf das schärfste, hieß es in einer Mitteilung. Der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) teilte mit, „mit tiefer Bestürzung verfolge ich die furchtbaren Nachrichten“ aus St. Petersburg. Vieles deute „darauf hin, dass es sich um einen hinterhältigen Anschlag auf unschuldige Menschen handelt, die einfach nur ihrem Alltag nachgegangen sind. Ein solcher verbrecherischer Akt wäre durch nichts zu rechtfertigen. In diesen dunklen Stunden sind wir in Gedanken bei unseren Freunden in Russland, den Opfern und ihren Familien.“ Regierungssprecher Steffen Seibert schrieb auf Twitter: „Das sind furchtbare Nachrichten aus St. Petersburg. Unser Mitgefühl gilt allen Betroffenen und ihren Familien.“ Auch Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg kondolierte den Betroffenen „und dem russischen Volk“. (Siehe Seite 2.)

Lebenslange Haft für den Salafisten Marco G.

Düsseldorfer Gericht spricht Urteil nach versuchtem Anschlag auf Bonner Hauptbahnhof

reb. DÜSSELDORF, 3. April. Nach einem der längsten Terrorprozesse der vergangenen Jahre ist der Hauptangeklagte, der 30 Jahre alte Salafist Marco G., am Montag zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Zusätzlich stellte das Düsseldorfer Oberlandesgericht (OLG) die besondere Schwere der Schuld fest; damit ist ausgeschlossen, dass G. nach 15 Jahren auf freien Fuß kommt. In dem seit September 2014 laufenden Prozess ging es um einen gescheiterten Bombenanschlag auf den Bonner Hauptbahnhof im Dezember 2012 und ein vereiteltes Attentat auf den Vorsitzenden einer rechtsextremen Splitterpartei.

Wegen Mordversuchs wurden die drei Mitangeklagten von Marco G. zu Freiheitsstrafen zwischen neun und zwölf Jah-

ren verurteilt. Zudem sah das OLG es als erwiesen an, dass die drei Männer spätestens im Dezember 2012 gemeinsam mit dem ursprünglich aus Oldenburg stammenden Konvertiten Marco G. eine terroristische Vereinigung gegründet hatten, die noch weitere Anschläge verüben sollte.

Der 5. Strafsenat des OLG verhandelte in dem Prozess an insgesamt 155 Tagen, hörte 27 Sachverständige an und vernahm 157 Zeugen. Besonders ausführlich war die Konstruktion der Bombe erörtert worden. Der Sprengsatz war seinerzeit zur raschen Gefahrenabwehr mit einer Wasserkanone beschossen und unschädlich gemacht worden. Weil die Beamten der Spurensicherung unter den weitverstreuten Einzelteilen der Bombe keine

Zündvorrichtung finden konnten, hatte die Verteidigung die Auffassung vertreten, es habe sich lediglich um eine Attrappe gehandelt. Das OLG sah es nach Würdigung aller Umstände und Tatsachen am Montag allerdings als erwiesen an, dass Marco G. die Bombe mit einer selbstgebaute Zündvorrichtung versehen hatte. Der umfassende dokumentierte Internetverlauf auf dem Computer von Marco G. belege, dass er sich ausführlich mit dem Bau von Bomben und auch von Zündern, etwa aus Strohhalmen oder Kugelschreibern, befasst habe. G. habe die feste Abzucht gehabt, auf dem zur geplanten Tatzeit besonders belebten Bahnsteig 1 des Bonner Hauptbahnhofs eine Vielzahl von Personen zu töten, so das OLG. (Siehe Seite 3; Kommentar Seite 8.)

Bundesregierung plant kein „Islamgesetz“

BERLIN, 3. April (AFP). Die Bundesregierung sieht derzeit keinen Bedarf für ein „Islamgesetz“, wie es zuletzt von Politikern der CDU ins Gespräch gebracht wurde. Ein solches Gesetz sei „jetzt kein Thema für unser Regierungshandeln“, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert am Montag in Berlin. Auch die CDU-Führung reagierte zurückhaltend auf den Vorstoß aus den eigenen Reihen. Der Vorschlag des CDU-Präsidiumsmitglieds Jens Spahn war am Wochenende von anderen Unionspolitikern aufgegriffen worden. Spahn hatte darauf gedrungen, die Rechte und Pflichten der Muslime in Deutschland auf eine neue rechtliche Basis zu stellen. (Siehe Seite 4; Kommentar Seite 8.)

SPD verspricht Eltern neues Familiengeld

dc. BERLIN, 3. April. Berufstätige Paare, die kleine Kinder oder pflegebedürftige Angehörige haben, sollen nach Plänen der SPD künftig zwei Jahre lang ein Familiengeld von je 150 Euro im Monat erhalten. Bedingung ist, dass beide Partner im Beruf zwischen 26 und 36 Stunden in der Woche arbeiten. Dies sieht das Konzept einer „Familienarbeitszeit“ vor, das die stellvertretende SPD-Vorsitzende und Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig am Montag in Berlin vorgestellt hat. Zudem sollen Beschäftigte nach Eintritt eines Pflegefalls in der Familie drei Monate lang im Beruf pausieren dürfen und dafür zwei Drittel ihres Verdienstaufschlags vom Staat ersetzt bekommen, so die Pläne der SPD. (Siehe Wirtschaft, Seite 15.)

Piëch verkauft Großteil seiner Porsche-Anteile

cag/magr. HAMBURG/FRANKFURT, 3. April. Der frühere Aufsichtsratsvorsitzende des Volkswagen-Konzerns Ferdinand Piëch wird sich von einem Großteil seiner Aktien an der Porsche SE Holding trennen. Das gab die Beteiligungsgesellschaft am Montag in einer Pressemitteilung bekannt. Demnach werde Piëch einen „wesentlichen Teil“ der von ihm gehaltenen Stammaktien der Porsche SE auf andere Mitglieder der Familien Porsche und Piëch übertragen. Zuletzt hielt der frühere VW-Manager 14,7 Prozent an der Holding, die wiederum die Mehrheit der Stimmrechte am Volkswagen-Konzern ausübt und damit das Geschäft des größten Autoherstellers der Welt mitbestimmt. (Siehe Wirtschaft, Seite 22.)

Terror in St. Petersburg

Von Klaus-Dieter Frankenberger

Noch kann man nur darüber spekulieren, wer die Täter und ihre Hintermänner waren. Ja, man kann auch nur mutmaßen, dass es sich bei den Explosionen in der U-Bahn in St. Petersburg um einen Terroranschlag gehandelt hat. Die Art der Zerstörung und die Berichte vom Schauplatz des grausamen Geschehens deuten allerdings auf Terror hin – Terror, wie er vor zwei Wochen London, im Dezember Berlin, im Juli Nizza, im März vergangenen Jahres Brüssel und Paris im November 2015 heimgesucht hat. Jetzt die russische Metropole St. Petersburg: Mindestens zehn Personen wurden in den Tod gerissen, Dutzende verletzt. Sie wurden Opfer von – mutmaßlich – politikriminellen Extremisten, die mit der Ermordung unschuldiger, ahnungsloser Fahrgäste irgendein Zeichen in irgendeinem Krieg setzen wollten.

Die Opfer hielten sich an einem Ort auf, den Fachleute ein „weiches Ziel“ nennen, eines, das die Sicherheitsbehörden nicht vollständig zu schützen in der Lage sind. Was könnte daher hinter der Tat in einer Stadt stecken, die am Tag des Anschlags vom russischen Präsidenten Wladimir Putin be-

sucht wurde? Ist es genau dieses Zeichen, das die Täter setzen wollten: Am Tag des Besuchs des Präsidenten in St. Petersburg schlagen wir zu? Soll es um dessen Brückierung gehen? Mit den Anschlägen, die vor Jahren etwa auf die Moskauer U-Bahn verübt worden waren, wurden islamistische Tschetschenen in Verbindung gebracht, die sogenannte Selbstmordattentäter einsetzten. Möglich, dass auch die Mordtat von St. Petersburg einen tschetschenischen Hintergrund hat. Aus diesem Milieu könnten auch Täter stammen, die sich dem Dschihadismus des „Islamischen Staats“ verschrieben haben. Auf das Konto des IS geht wahrscheinlich der Anschlag auf ein russisches Verkehrsflugzeug Ende Oktober 2015. Kurz zuvor hatte Russland an der Seite des Diktators Assad in den syrischen Bürgerkrieg eingegriffen: Massenmord an Unschuldigen als perverse Vergeltungsaktion.

Viele Länder sind in den vergangenen Monaten das Ziel islamistisch inspirierter Terroristen geworden, westliche Demokratien ebenso wie autoritär regierte Staaten an der europäischen Peripherie. Die Gründe für die jeweilige Tat und die Motive der Täter mögen verschieden sein. Aber die Erschütterung über die Verbrechen ist grenzüberschreitend. Für Terror kann es keine Rechtfertigung geben.

Die Stabilokraten des Balkans

Von Michael Martens

Der Balkan ist mehr als eine Route. Die Migrationswelle im folgenden Jahre 2015 hat zwar kurzzeitig wieder die Aufmerksamkeit auf Südosteuropa gelenkt, doch war das Interesse meist oberflächlicher Art. Es galt der Region als Durchmarschgebiet oder Glacis an den Außengrenzen der EU, aber nicht den Staaten selbst. Dabei hat die Migrationskrise eine geographische Binsenweisheit in Erinnerung gerufen: Jener Teil Europas, der während des kriegerischen Zerfalls Jugoslawiens in den neunziger Jahren die Weltpolitik in Atem hielt, liegt direkt vor der Haustür der EU. In Gestalt der beiden Länder Slowenien und Kroatien gehört er ihr sogar an. Was im Südosten des Kontinents geschieht, bleibt selten ohne Folge für dessen reichen Nordwesten.

Einige europäische Politiker sind es zufrieden, wenn die Staaten der Region die ihnen zugeordnete Rolle als Bollwerk gegen Migrationsströme erfüllen und ansonsten nicht weiter stören. Mazedonien, Bulgarien und Ungarn haben solche Erwartungen insoweit bedient, als sie Grenzzäune errichtet und den Kontinent im Wortsinne unwegsam gemacht haben. Zum Dank dafür waren in Brüssel und in einigen europäischen Hauptstädten viele bereit, dubiose politische Führer wie den früheren mazedonischen Regierungschef Nikola Gruevski zu akzeptieren. Über autoritäres Gebaren und den Bruch rechtsstaatlicher Grundsätze sah man im Namen von Stabilität und gesicherten Grenzen hinweg.

Doch diese Strategie birgt Risiken und ist nur bedingt effektiv. Zwar ist die Balkan-Route nicht mehr so einladend wie noch in Europas Jahr der offenen Tür 2015 – doch so „geschlossen“ wie behauptet ist sie auch nicht. Überall auf dem Balkan sind Netzwerke entstanden, die auf bestehende Strukturen zurückgreifen und Migranten, die sich das leisten können, über die „geschlossenen“ Grenzen der Region schleusen. Möglich wird das auch deshalb, weil korrupte Eliten in Staaten wie Mazedonien am Schleusergeschäft mitverdienen. Sie bieten sich dem reichen Europa als Grenzschilder an und dürfen dafür im eigenen Land weitgehend unbehelligt walten. Die Folge: In denselben Staaten, die vermeintlich europäische Außengrenzen sichern, bilden sich mit Duldung oder gar Beteiligung des Staates kriminelle Organisationen, die ebendiese Grenzen durchlöchern.

Für die Staaten der Region, die zwar keine Diktaturen sind, in denen aber um einer vermeintlichen Stabilität willen demokratische und rechtsstaatliche Standards dauerhaft verletzt werden, hat sich ein Neologismus eingebürgert: Von „Stabilokratien“ ist die Rede. Doch stabil ist eine Stabilokratie eben immer nur auf Zeit, wie das Beispiel Mazedonien zeigt. Dort schreckt der abgewählte, in Teilen der Bevölkerung aber weiter-

hin populäre Autokrat Gruevski selbst vor der Gefahr gewaltsamer Zusammenstöße nicht zurück, um am Ruder zu bleiben. Für ihn steht mehr auf dem Spiel als ein in Demokratien üblicher Machtwechsel. Gruevski muss fürchten, von derselben politisierten Justiz, die er schuf, angeklagt und eingesperrt zu werden, wenn seine Gegner erst die volle Kontrolle über sie erlangt haben.

In Serbien, dem größten der sieben Nachfolgestaaten Jugoslawiens, ist die Lage zwar besser als in Mazedonien, aber dennoch bedenklich. Die Mehrheit, mit der Regierungschef Aleksandar Vučić die Präsidentenwahl gewonnen hat, ist echt. Vučić ist bei vielen Serben wirklich beliebt. Auch ohne die systematische Beeinflussung der meis-

Gegen die autoritäre Versuchung: Eine Region braucht Partner, nicht Desinteresse.

ten Massenmedien des Landes hätte er die Präsidentenwahl gewonnen, wenn auch womöglich nicht in der ersten Runde. Vučić hat Strukturreformen in der Wirtschaft eingeleitet, die alles andere als populär sind, aber erste Früchte tragen. Er bekundet, dass er Serbien weiter reformieren und in die EU führen wolle. Auf diesem Weg hat er Unterstützung verdient.

Die EU sollte es Vučić aber zugleich erleichtern, der autoritären Versuchung zu widerstehen, indem sie genauer als bisher hinsieht, was sich in Serbien jenseits der proeuropäischen Rhetorik abspielt. Sie kann einiges tun: Unterstützung für unabhängige journalistische Plattformen oder Stipendien für investigative Journalisten können große Wirkung haben. Die Förderung von Bürgerinitiativen wie etwa Wahlbeobachtungsmissionen oder Programmen zur Stärkung der Unabhängigkeit staatlicher Institutionen ebenfalls. Serbien hat ein Antikorruptionsamt, das gute Arbeit leisten könnte, wenn es von einer unabhängigen Persönlichkeit geführt würde, die Rückhalt in Europa genösse.

Dass Vučić oder seine Herausforderer sich Russland zuwenden, sollte die EU allzu streng werden, ist kaum zu befürchten. Vučić und eine Mehrheit der serbischen Wähler wissen genau, was Moskau bieten kann – und vor allem, was es nicht bieten kann. Von Drohungen mit dem russischen Schreckgespenst sollte sich Europa deshalb nicht ins Bockshorn jagen lassen. Schon gar nicht darf es dazu dienen, Abstriche bei den Mindestanforderungen an Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu machen. Partner, die Stabilität versprechen, aber Autokratie bringen, sind gefährlich. Die Partner der EU auf dem Balkan sollten Demokraten sein, nicht Stabilokraten.

Heute

Ist Facebook noch zu helfen?

Gruner + Jahr-Chefin Julia Jäkel wundert sich: Der Netzkonzern umorgt die Welt, kapituliert aber vor Fake News. **Feuilleton Seite 9**

Frankreich in Haft

Die Gefängnisse des Landes sind überfüllt und eine Brutstätte des Islamismus. Ihr oberster Verwalter gibt auf. Und Paris? **Politik, Seite 3**

Serras federleichter Stahl

In Wiesbaden wird das Frühwerk eines der großen Raumkünstler ausgestellt: Richard Serra bezaubert zuverlässig. **Feuilleton, Seite 11**

Teheraner Träume

Anfang 2016 wurden Sanktionen gegen Iran aufgehoben, die Wirtschaft freute sich. Einige Ernüchterung folgte. **Wirtschaft, Seite 16**

Todesfälle und Ausbeutung

Auf russischen WM-Baustellen werden Gesundheits- und Sicherheitsstandards anhaltend unterlaufen. **Sport, Seite 27**

Scheibengeister

Kunst und Kultur am 1500 Grad heißen Ofen: Mundgeblasenes Flachglas gibt es nur noch in einer Hütte. **Technik und Motor, Seite T1**

Briefe an die Herausgeber Seite 6

Ankara will Zugang zu Yücel gewähren

sat. BERLIN, 3. April. Nach wochenlanger Haft in der Türkei soll Deutschland am Dienstag konsularischen Zugang zum deutsch-türkischen Journalisten Deniz Yücel erhalten. Das habe die Regierung in Ankara mitgeteilt, sagte Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) am Montag. Er selbst habe am Freitag den türkischen Außenminister Mevlüt Cavusoglu bei einem Nato-Treffen in Brüssel an das Versprechen erinnert, das der türkische Ministerpräsident Binali Yıldırım der Bundeskanzlerin gegeben habe. (Siehe Seite 4.)



Feuilleton

Auf der grauen Seite der Macht

Als uns Facebook fragte, ob wir nicht helfen wollten, Fake News zu beseitigen, haben wir uns gewundert: Erklärt Mark Zuckerberg nicht fortwährend, wie er die Welt retten will, warnt implizit vor der Presse und vertraut den Algorithmen? Da kann irgendetwas nicht stimmen.

Von Julia Jäkel

Zweitausendsiebzehn ist ein politisches Jahr. Ein Wahljahr. Darum waren wir bei Gruner + Jahr auch sofort aufmerksam, als Facebook uns vor einigen Wochen um Hilfe bat. Die Plattform war plötzlich unter Druck geraten. Jahrelang waren immer nur phantastische Nachrichten aus Kalifornien gekommen: Facebook hat jetzt noch mehr User! Facebook verdient noch mehr Geld! Facebook will die Welt noch besser machen! Dann wählten die Amerikaner mit Donald Trump einen Mann zum Präsidenten, der mit seinen extremen und oft seltsamen Ansichten von den klassischen Medien weder gut gefunden, noch richtig ernst genommen worden war. So hatten sich fast alle amerikanischen Zeitungen gegen Trump positioniert, fast alle Late Night Shows lachten ihn aus, sogar das republikanische Establishment rümpfte die Nase. Aber er siegte überraschend doch. Warum? Woher kam das?

Rasch waren die sozialen Medien als eine der Ursachen ausgemacht. Hier war in nur wenigen Jahren eine neue Öffentlichkeit entstanden, die der alten immer stärker die Agenda vorgab: Wenn Trump morgens mal wieder twitterte, war klar, worüber im Fernsehen, im Radio und in den Zeitungen am nächsten Tag gesprochen werden würde.

Gleichzeitig war diese neue Öffentlichkeit seltsam verschlossen. Nichts ist leichter, als bei dem mit Abstand größten sozialen Netzwerk mitzumachen – bei Facebook. Doch anders als die Leser einer Zeitung oder die Zuschauer eines Fernsehsenders sehen die Mitglieder bei Facebook nicht alle das Gleiche. Der Rahmen der Seite ist immer blau, darin stehen aber ganz verschiedene Inhalte, je nachdem, wo ich „Gefällt mir“ gedrückt habe, wo ich wohne, mit wem ich befreundet bin. Die genaue Zusammensetzung, der Algorithmus, ist geheim. Im Ergebnis können Sie und ich beide Bürger des gleichen Landes und vielleicht sogar der gleichen Stadt sein – und trotzdem sehen wir völlig unterschiedliche Realitäten.

So weit, so gut. Wir erleben ja auch nicht alle das Gleiche und lesen nicht alle die gleichen Bücher. Nach dem Überraschungssieg in Amerika schien es aber plötzlich so, als sei unter dem Schleier der Facebook-Algorithmen eine mächtige Parallelöffentlichkeit entstanden. Es gab nicht mehr nur Freunde auf Facebook, sondern auch Feinde. Die lebten allerdings woanders, in einer ideologisch weitgehend isolierten Filterblase: Hier das liberale Facebook, gefüllt mit Artikeln aus der „New York Times“, „Stern“ und „Guardian“, dem neuesten Video von John Oliver und was Niedlichem mit Eisbärbabys. Und dort die Blase der „alternativen“ Rechten, ein vor sich hin gärendes Biotop für Fake News, Verschwörungstheorien, Propaganda und Pepe-the-Frog-Memes, eifrig befüllt von gewissenlosen PR-Agenturen, Wutbloggern, rechten Trolls, Kreml-Bots und mazedonischen Klickfarmern.

Anstatt Menschen einander näherzubringen, wie man das von einem sozialen Medium erwartet, schien Facebook quasi über Nacht zu einem Medium sozialer Spaltung geworden zu sein – ein soziales Netzwerk. So fand sich Mark Zuckerberg, der Facebook-Gründer, in einer ungewohnt dunklen Ecke wieder.

Zuckerbergs aktuelle Aufgabe ist also ziemlich klar: Er muss seinen und den guten Ruf seines Unternehmens retten. Daran hat er in den vergangenen Monaten hart gearbeitet. Zusammen mit seiner Frau ist er auf einer Goodwill-Tour durch die Vereinigten Staaten, schüttelt Hände, dankt Lokaljournalisten für ihre Arbeit und entschuldigt sich bei Justizopfern. Mitte Februar postete er dann einen Brief, adressiert „To our community“ und einfach mit „Mark“ unterschrieben.

Auf Facebook war der sehr lange, nur mit einem faden Foto bebilderte Text kein großer Hit – aber das wusste der weltweit größte Like-Experte natürlich vorher. Sein eigentliches Ziel scheinen eher die klassischen Medien gewesen zu sein. Mit Erfolg: Das „Handelsblatt“ sprach

von einem „sozialen Manifest“, die „New York Times“ fragte vorsichtshalber nach, ob er nicht Präsident werden wolle.

Zuckerberg verneinte. Wer den Brief gelesen hat, weiß, warum: Er denkt in anderen Dimensionen. „Unsere größten Chancen“, schreibt er, „sind heute global.“ „Der Fortschritt verlangt, dass die Menschheit nicht mehr nur in Städten und Nationen zusammenfindet – sondern in einer Weltgemeinschaft.“

Tatsächlich ist Facebook mit 1,9 Milliarden aktiven Nutzern pro Monat inzwischen fast sechsmal so groß wie die Vereinigten Staaten. Damit bewegt sich das Netzwerk eher in einer Liga von „global communities“ wie dem Islam (1,6 Milliarden Menschen) oder dem Christentum (2,2 Milliarden). Und dann kommt Zuckerberg zur Sache: „In Zeiten wie diesen gibt es für uns bei Facebook nichts Wichtigeres zu tun, als eine soziale Infrastruktur zu entwickeln, die den Menschen erlaubt, eine Weltgemeinschaft zu schaffen, die für uns alle funktioniert.“ Ich frage mich, ob der Satz nur zufällig so verschachtelt ist oder ob er etwas verschleiern soll. Jedenfalls bleibt diffus, wer in dieser schönen neuen Weltgemeinschaft das Subjekt und wer das Objekt ist. Geben wir Menschen noch den Ton an? Oder doch eher Facebook? Oder vielleicht die künstliche Superintelligenz, deren Entwicklung er ankündigt?

Zuckerberg listet auf, worum Facebook sich in Zukunft alles kümmern möchte. Das ist eine ganze Menge. Lange hatte das Netzwerk sich auf „Freunde“ fokussiert, von denen man allerdings bis zu fünftausend haben konnte. Jetzt geht es um die nächste soziale Ebene: um Gruppen, „ganz gleich ob das nun Kirchengemeinden, Sportteams, Gewerkschaften oder andere lokale Vereine“ sind. Facebook erhebt Anspruch auf das gesamte „soziale Gefüge“, online wie offline, das unserem Leben Sinn, Inhalt und Struktur gibt – bis hinauf zum Staat, den Zuckerberg erst mal ausklammert.

Erst mal. Im Folgenden ist dann aber viel von traditionellen staatlichen Aufgaben die Rede: „Probleme wie Terrorismus, Naturkatastrophen, Seuchen, Flüchtlingskrisen und Klimawandel“ lösen zum Beispiel. Oder Selbstmorde verhindern. Oder verlorene Kinder suchen. Kriegsoffern helfen. Die Wahlbeteiligung steigern. Aber auch: Politikern die Meinung sagen, Demonstrationen organisieren, Revolutionen starten.

Facebook hat hier ja auch schon einiges vorzuweisen: Es gab tatsächlich Revolutionen, die auf der Seite ihren Anfang genommen haben, etwa in Ägypten. Facebook hat wirklich geholfen. Demonstrationen zu organisieren, Kinder zu finden und Selbstmorde zu verhindern. Es ist, kurz gesagt, unfassbar viel passiert in den kurzen dreizehn Jahren seit der Gründung – und Zuckerberg sammelt fleißig Belege, die zeigen, wo er die Welt schon überall verändert hat, oft sogar zum Guten.

Wirklich spannend wird es, wenn er auf die Verlagsbranche zu sprechen kommt, genauer: die „news industry“. An dieser Stelle spürt man einen anderen, defensiveren Ton. Es sei so viel von Filterblasen und Fake News die Rede gewesen in letzter Zeit. Besorgniserregend, klar. Schlimmer sei aber doch etwas anderes: Sensationsgier und Polarisierung in den Medien.

Es folgen ein paar fromme Sätze darüber, wie wichtig eine starke Nachrichtenbranche sei und dass „wir“ mehr tun müssten, um sie nachhaltig zu unterstützen. Wen genau er damit meint, bleibt allerdings unklar. Die „New York Times“ ließ es sich nicht nehmen, die Verhältnisse noch einmal vorzurechnen: Von den 59 Milliarden Dollar, die 2015 in den Vereinigten Staaten für Digitalwerbung ausgegeben wurden, ging über die Hälfte (36 Milliarden) an Facebook und Google. Immer mehr Werbung wandert ins Netz ab, und davon sichern sich Google und Facebook ein immer größeres Stück. Analysten schätzen, dass es inzwischen von jedem neu digital ausgegebenen Dollar 85 Cent sind, die bei Google und Facebook landen. Facebooks verdienter Erfolg hat also einen unzweideutigen Effekt: Er dreht dem Journalismus langsam, aber sicher den Geldhahn zu.

Das ist natürlich keine Absicht. Trotzdem bringt es uns Verleger in eine Zwickmühle. Um Schritt zu halten, müssen wir uns radikal erneuern und permanent investieren: in neue Technologien, Talente, Inhalte, Formate. Wir tun das gern, und Facebook kann sich das Verdienst anheften, einer vielleicht etwas zu satt gewordenen Medienindustrie Zunder gegeben zu haben. Das Problem ist nur: Die für Investitionen nötigen Mittel konzentrieren sich zunehmend in den Händen weniger, immer größer werdender Unternehmen.

Vor diesem Hintergrund wirkt es ein bisschen komisch, wenn Zuckerberg jetzt uns zu einem der Urheber des Problems machen möchte. Natürlich hat nicht er persönlich Hillary Clinton im Wahlkampf unterstützt, sie würde FBI-Agenten ermorden lassen. Das war eine Zeitung namens „Denver Guardian“. Nur gibt es die leider gar nicht: „Denver Guardian“ hieß bloß eine Fake-News-Seite, die es mit derart krudem Klickfang auf Werbegeld abgesehen hatte – und damit bei Facebook sehr erfolgreich war, auch finanziell. Die real existierende „Denver Post“ dagegen, 1892 gegründet und bis heute die größte Zeitung der Stadt, ging 2016 durch die dritte Sparrunde. Journalisten verloren ihren Job, weil es dem Verlag an Werbeeinnahmen fehlte.

Darum ist es schön und gut, wenn der Facebook-Gründer in seinem Manifest darlegt, wie er sich den Journalismus der Zukunft vorstellt: weniger skandalös, pri-

vater, holistischer. Also keine lauten Überschriften, die nicht halten, was sie versprechen. Mehr persönliche Information über den Autor – aus dem Gedanken heraus, dass wir die Meinung von jemandem, dessen Musikgeschmack wir teilen, angeblich nicht so leicht abtun. Und eine größere Bandbreite von Meinungen.

Aber wer soll das machen? Von Journalisten, also Menschen, ist in dem Brief jedenfalls viel weniger die Rede als von künstlicher Intelligenz. Einmal werden Fact Checker erwähnt, die bei Posts, die als Fake News verdächtig werden, eine Art Gegendarstellung verfassen könnten. Das war auch der Grund, warum Facebook bei Gruner + Jahr und anderen Verlagen angerufen hatte: ob wir dafür nicht ein paar Redakteure zur Verfügung stellen könnten? Auch Facebook, so schien es da, versteht endlich, dass es sich lohnt, Menschen zu beschäftigen, die Inhalte lesen und verstehen, ihnen auf den Grund gehen und ihre Richtigkeit bewerten können. Mark Zuckerbergs Manifest lässt bei mir daran aber schon wieder Zweifel aufkommen. In der darin skizzierten Zukunft sollen Facebook-Nutzer bald viel genauer einstellen können, was sie sehen wollen – für die Umsetzung sorgt dann künstliche Intelligenz. Ist das nicht nur mehr von dem, was Facebook schon tut? Die nächste Stufe der Filter Bubble? Die uns dann noch perfekter ermöglicht, alles aus unserer Facebook-Realität verschwinden zu lassen, was uns nicht gefällt, uns falsch oder beleidigend vorkommt.

Mark Zuckerberg hat ein beeindruckendes Unternehmen gegründet. Aber ich persönlich glaube nicht, dass sich alle Schwierigkeiten in Wohlgefallen auflösen werden, wenn wir einfach aus Silicon Valley und den technischen Fortschritt vertrauen und ansonsten einfach ein paar Jahre abwarten, wie Zuckerberg empfiehlt. Wenn alle Unternehmen derweil so wenig Steuern zahlen wie Facebook, sind die Nationalstaaten bis dahin nämlich verhungert.

Darum ist jetzt Zeit zu handeln. Wenn es tatsächlich um die Zukunft der Welt geht, sind ein bisschen Goodwill und schöne Worte nicht genug. Bevor wir ihm unsere gesamte soziale Infrastruktur anvertrauen, muss Facebook ein paar sehr ernsthafte Probleme lösen. Es muss dem Unternehmen gelingen, der Flut von Fake News und rechter Propaganda, von Beleidigungen, Hetze und Gewaltandrohungen Herr zu werden, die es permanent in die digitale Welt spült. Auch Anzeigenkunden wollen mit ihren Produkten nicht neben abgeschlagenen Körpern stehen. Was wir brauchen, sind echte, wirtschaftlich belastbare Partnerschaften auf Augenhöhe zwischen Facebook und den Medienunternehmen – anstatt galoppierend asymmetrischer Verhältnisse, in denen sich immer mehr Wissen, Macht und Geld in wenigen Gegenden der amerikanischen Westküste konzentriert.

Das Internet und die sozialen Medien haben die Distanz zwischen uns verringert, zumindest virtuell. Durch sie können wir deutlich schneller und unmittelbarer miteinander in Kontakt treten als früher. Die ganze bekannte Welt erscheint dadurch plötzlich hoffnungslos veraltet: wie wir miteinander kommunizieren, uns informieren, Musik hören, Filme sehen, einkaufen, Politik machen und arbeiten. Das ist eine gewaltige Chance, und ich teile Zuckerbergs Optimismus – grundsätzlich. Aber Vertrauen ist keine Einbahnstraße. In meinen Augen ist es ein Testfall für die neue Weltordnung, wie Facebook tatsächlich mit seinen Problemen umgeht – und mit uns Verlegern und Journalisten. Hier wird sich zeigen, ob es „Mark“ um mehr geht als schöne Worte.

Um kurz Spiderman zu zitieren: With great power comes great responsibility. Facebook hat von der Digitalisierung weit überdurchschnittlich profitiert. Allein der Börsengang 2012 hat mehr als tausend Millionäre und ein halbes Dutzend Milliarden hervorgebracht. Es sei ihnen gegönnt, sie haben etwas Großes geschaffen. Jetzt kommt es darauf an, zu zeigen, ob es auch etwas Gutes ist.

Streikkultur

Die Osterferien haben begonnen, die Touristen strömen ins sonnige Paris. Da bei Vermeer im Louvre oder Rodin im Grand Palais kein Platz zum Atmen ist und die Wartezeit, bis man endlich den Atem anhalten kann, ohnehin beträchtlich, führt der Weg zum Centre Pompidou. Aber es führt kein Weg hinein, denn das Museum wird weiter bestreikt. Vor die Hauptfassade sind riesige quadratische Stofffelder gespannt, die die sonst so technoid transparente Außenhaut des Gebäudes wie ein Leuchtuch bedecken. Das passt. Seit mehr als einer Woche wehrt sich ein Teil der elfhundert Angestellten dagegen, dass neugestellte Kollegen beamtet werden sollen. Wieso das? Ist mehr Arbeitsplatzsicherheit hier unerwünscht? Vor acht Jahren lief doch der letzte große Streik im Centre Pompidou gerade gegen eine angekündigte, dann aber nie durchgeführte Streichung von einem Drittel der Arbeitsplätze. Welchen größeren Traum könnte an Verlässlichkeit interessiertes Aufsichtspersonal denn hegen als den vom Beamten im Ruhestand? Sind die Altangestellten also neidisch? Nein, sie wollen dem Nachwuchs die eigenen Privilegien erhalten. Als das Haus 1977 eröffnete – das kostenpflichtige Galadiner zum vierzigsten Geburtstag, mit dessen Erträgen der geringfügige jährliche Ankaufsetat (1,8 Millionen Euro) des bedeutendsten französischen Museums für Gegenwartskunst aufgestockt werden sollte, ist dem Streik bereits zum Opfer gefallen –, wurden die Angestellten bewusst in einigen Bereichen schlechtergestellt als sonstige staatliche Museumsmitarbeiter, damit der ausgestellten modernen Kunst gemäß auch modern agiert werden konnte: mit längeren Öffnungszeiten und dementsprechend flexiblen Arbeitszeiten, die durch Zulagen versüßt wurden. An die haben sich die Mitarbeiter gewöhnt und wollen selbstlos auch bei anderen keinen festen Wochentrott bei Festhalt dulden. Wie immer, wenn es etwas zu bestreiken gibt, überbieten sich die verschiedenen französischen Gewerkschaften an Aktivismus – zumal am vergangenen Freitag verkündet wurde, dass zum ersten Mal seit Menschengedenken die traditionell links außen stehende CGT nicht mehr stärkste Gewerkschaft im privaten Sektor ist. Also muss sie ihr Heil im öffentlichen Sektor suchen, und beim Centre Pompidou, wo sie noch nie eine große Rolle gespielt hat und deshalb bislang als nachgiebig galt, dürfte sie sich nun stärker engagieren. Echte Arbeit aber leisten auf absehbare Zeit nur Touristen: Die haben vor der geschlossenen Tür einen Zettel angeklebt, auf dem in Englisch der Grund für die Schließung steht: „because of a strike“, unterschrieben mit „des Allemandes qui veulent aider les autres touristes“. Man hat ja gerade Muße als Reisender in Paris. apl

Morgen in Natur und Wissenschaft

Trump und die amerikanische Forschung: Wie geht es weiter?

Geisteswissenschaften: Die Bundesregierung zum Fall Finkelstein

Das Autoritäre siegt

Die nächsten Römerberggespräche werden sich am 29. April im Rahmen ihrer Frühjahrsintervention dem Thema „Die Ohnmacht der Aufklärung und der Erfolg des Autoritären“ widmen. Die Gesellschaft müsse sich fragen lassen, was sie dem weltweit festzustellenden Siegeszug der „gefühlten Wahrheiten“ entgegenzusetzen habe. Die Kraft des besseren Arguments scheine sich aufgezehrt zu haben, die Lust an der Lüge und der Erfolg des Autoritären seien untrennbar damit verbunden. Im Chagall-Saal des Schauspielers Frankfurt werden von 10 Uhr an der Philosoph Philipp Hübl, der deutsch-polnische Schriftsteller Artur Becker, die Publizistin Thea Dorn, der Historiker Volker Weiß, der Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller und die Theatermacher Bernd Stegemann und Milo Rau in Vorträgen und Diskussionen den Stand der Dinge resümieren und Prognosen wagen. F.A.Z.

Jenseits des Kanons

Folkwang-Preis an Okwui Enwezor

Der Ausstellungsmacher und Kunsthistoriker Okwui Enwezor erhält den Internationalen Folkwang-Preis. „Sein größter Erfolg ist es, zeitgenössische Kunst jenseits des euro-amerikanischen Kanons ins internationale Bewusstsein zu bringen. Das macht ihn zu einem der weltweit einflussreichsten Kunstvermittler der letzten Jahrzehnte“, sagt Ulrich Blank, der Vorsitzende des Folkwang-Museumsvereins in Essen, der die Auszeichnung seit 2010 vergibt. Okwui Enwezor, geboren 1963 in Nigeria, ist seit 2011 Direktor des Hauses der Kunst in München; 2002 leitete er die Documenta 11 in Kassel, 2015 die Biennale in Venedig. Verliehen wird der mit 25 000 Euro dotierte Preis am 9. Oktober in Essen. aro.

Die sehr spezielle Geräuschvokalmusiksprache eines einsamen Heiligen

Er zwingt uns zur Konzentration: Dem italienischen Komponisten Salvatore Sciarrino zum siebzigsten Geburtstag

Einfälle kommen am liebsten zu den Einsamen, selten besuchen sie Handstampf. Fast alle Komponisten sind Bewohner des Elfenbeinturms oder zumindest vorübergehend einer stillen Dachstube, seit Schuberts Zeiten. Das ist in Ordnung so. Aber dass die zeitgenössische Musik inzwischen so weltfern geworden sei, dass sie den Anschluss an ihr Publikum aufgegeben habe, neue Stücke aber nach einmaliger Aufführung gleich wieder im Fundus versenkt würden, auf Nimmerwiederhören – das ist üble Nachrede. Es stimmt einfach nicht. Dafür gibt es Beweise.

Zumal auf dem Experimentierfeld der Oper werden Werke lebender Komponisten wie Wolfgang Rihm, Manfred Trojahn, Aribert Reimann oder Georg Friedrich Haas, Glass, Adams, Battistelli und Salvatore Sciarrino (um nur einige zu nennen) laufend nachgespielt und weitergereicht. Letzterer schaffte es sogar, als Autodiakt und Außenseiter vor rund zwanzig Jahren einige seiner zerbrechlich zarten, labyrinthisch versponnenen Klangdramen fest im Repertoire zu verankern.

Heute gehört Salvatore Sciarrino zu den meistaufgeführten Komponisten der Gegenwart. Warum? Vermutlich, weil seine sehr spezielle Geräuschvokalmusiksprache so leicht wiederzuerkennen ist.

Zweitens, weil sie von abgedrehten Albträumen berichtet, von türkischen Seelenabgründen, Nachtgespenstern, Engeln, Mördern, lauter über- und unterirdischen Geschichten aus Vergangenheit und Zu-

kunft. Drittens: Weil man nicht anders kann, als dieser Musik konzentriert zuzuhören. Sie zwingt uns dazu. Sie ist brüllend leise. Salvatore Sciarrino komponiert aus der Stille heraus. Er lässt große Or-

chester gemeinsam energisch schweigen, bis die Luft brennt. Lässt Streicherchöre zirpen und weinen. Menschenchöre seufzen oder hauchen. Diese Musik schluchzt, knarrt und rauscht, sie lauscht sich selbst nach und dem Farbenspiel der Obertöne. Horcht nach innen. Zitiert Erinnerungen. Und wiederholt sich, in immer neuen, anderen, noch virtuoserer Varianten.

Weder mit der „musique concrète“ noch mit der „minimal music“ hat dieser unverwechselbare Personalstil etwas zu tun. Überhaupt gibt es für Sciarrinos Œuvre weder Vorbilder noch Nachahmer. Ein Konservatorium hat er nie besucht oder vielmehr erst, als er sich drei Jahre lang mit dem Unterrichten von Kontrapunkt und Harmonielehre in Mailand über Wasser halten musste. Geboren 1947 in Palermo, hatte der doppelt begabte sizilianische Knabe schon früh mit Zeichen und Komponieren begonnen; noch bis heute zeichnet Sciarrino ab und zu, wenn ihn Freunde oder Veranstalter darum bitten. Das Handwerk des Tonesetzens studierte er unabhängig von allen Trends und Einflüssen, in den Sechzigern im Privatunterricht bei Turi Belfiore und Franco Evangelisti sowie in eigenen Performanceexperimenten und in den Siebzigern als künstlerischer Leiter des Teatro Comuna-

le in Bologna. Letztlich aber scheint alles, was er erfindet, auch die vielen Orchester- und Kammermusiken, elementar aus der Menschenstimme heraus entwickelt, aus der Körperlichkeit des Gesangs, aber auch aus dem kulturellen Fundus der mediterranen Landschaft, aus der er stammt. Ja, sein Südtiroler Komponistenkollege Hubert Stuppner fand in Sciarrinos Musik just diese „nach Dunkelheit sich verzehrende Helligkeit und Melancholie“ wieder, „die in der unerträglich heißen Landschaft Siziliens ihren archaischen monomanen Grund hat, zeitlos wie die Natur, die sie archetypisch beschreibt“.

Der internationale Durchbruch überfiel den einsamen Heiligen, als er 1998 für die Schwetzingener Festspiele seine Gesualdo-Oper „Luci mie traditrici“ schrieb. Seither wird er herumgereicht von Festivals und Opernhäusern, überhäuft mit Aufträgen und Preisen. Ricordi und Rai Tre verlegen seine Werke, auch die Diskographie wächst. 2008 luden die Salzburger Festspiele zu einer Konzerteire namens „Continent Sciarrino“. Nächste Woche, bei den Salzburger Osterfestspielen, wird Peter Tilling Scarrinos „Lohengrin“ dirigieren – eine „Azione invisibile“. Heute feiert der Komponist seinen siebzigsten Geburtstag. ELEONORE BÜNING



Nachkontrolle ist alles: Salvatore Sciarrino beim Partiturstudium.

Foto Imago